Freitag, 14. Oktober 1921. **Einzelnummer 10 Mark.** 60. Jahrgang. **Nr. 193.**

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 150.—
in den Ausgabestellen 160.—
durch Zeitungsboten 170.—
am Postamt . . 165.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 35.—M. im Reklameteil 90.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bedrohliche Aussichten für die Ernährung unseres Landes.

Die Agenten sind in der Posener Wojewodschaft an der Arbeit, den Streik auf dem Lande in Szene zu setzen. An verschiedenen Stellen ist die Arbeit schon eingestellt. Die Leute sind, über den Grund des Streikens befragt, gar nicht in der Lage, Auskunft zu geben, oder sie behaupten, der Grund wäre eine beabsichtigte Herabsetzung der Löhne um $\frac{1}{3}$, was gar nicht zutreffend ist.

Es wäre durchaus gerechtfertigt, wenn die Löhne auf Rechnung der verkürzten Arbeitszeit im Winterhalbjahr herabgesetzt würden, wie das auch früher immer der Fall war. Die Arbeitgeber haben sich aber bereit erklärt, den Männern denselben Lohn weiter zu zahlen und nur die Hofegänger im Barlohn etwas zu kürzen. Diese beabsichtigte Lohnkürzung kommt in Anbetracht der verkürzten Arbeitszeit noch einer Erhöhung von etwa 12 v. H. gleich, während bei den Männern die angebotene Beibehaltung des Lohnes eine Zulage von 28 v. H. darstellt.

Die Vertreter der Arbeiter haben nun in gänzlicher Verkennung der geldlichen Verhältnisse der Besitzer Lohnerhöhungen von 100 bis 175 v. H. gefordert und begründen die Forderungen mit dem Steigen der landwirtschaftlichen Produkte. Wenn man mit Rücksicht auf diese Steigerungen auch ohne weiteres den städtischen Arbeitern die Notwendigkeit eines erhöhten Einkommens zubilligen muß, so trifft das auf die ländlichen Arbeiter nicht zu, denn sie nehmen durch ihre hohen Naturallöhne an diesen Steigerungen teil. Das Jahreseinkommen eines Landarbeiters ist bei den heutigen Preisen schon 350 000 M., dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der Landarbeiter eine gesicherte Arbeitsstelle hat, und nicht wie der freie oder Fabrikarbeiter plötzlich ohne Verdienst dastehen kann.

Der Besitzer ist durch die plötzliche rapide Entwertung des Geldes vor riesenhafte Ausgaben gestellt, demgegenüber sein Betriebsvermögen in keiner Weise genügt. So muß er seinen Kredit bis aufs höchste anspannen und weiß oft nicht, wie lange die Banken ihm noch Kredit gewähren werden.

Die Ernte ist so gering ausgefallen, daß bei den hohen Naturallöhnen in vielen Stellen nichts oder wenig zum Verkauf übrig bleibt. Ein klassisches Beispiel hierfür bildet die Rübenernte in diesem Jahr. Viele Güter haben auf den angebauten Flächen, deren Ertrag den gesamten Viehstapel während des Winters ernähren sollte, nicht einmal soviel geerntet, daß sie den Leuten ihre Deputatrüben geben können. Sie müssen also noch zur Deputatgabe Ersatz käuflich erwerben, und haben damit noch nichts für ihr eigenes Vieh zum Füttern. Daher nützen die hohen Preise diesen Besitzern nichts. Sie schaden ihnen vielmehr nur dadurch, daß sie alle Bedarfsartikel immer teurer bezahlen müssen.

So ist die finanzielle Lage für die Arbeitgeber derart schwierig, daß sie unmöglich noch höhere Löhne bezahlen können. Man scheint dies an maßgebenden Stellen schon eingesehen zu haben.

Was die **Stadtbevölkerung** durch die übertriebenen Forderungen der Arbeitervertreter und dem von ihnen angezettelten Streik zu erwarten hat, möge nur der eine Umstand beleuchten, daß auf einem Gute die Parole ausgegeben worden ist, die Kühe dürfen wohl gemolken werden, aber statt in den Eimer in den Mist. So sieht der **Terror** aus, den man für nötig hält, auszuüben, um unerfüllbare Forderungen durchzudrücken.

Die ganze einsichtige Bevölkerung dürfte in diesem Falle hinter den ländlichen Arbeitgebern stehen. Von diesen muß aber vor allen Dingen Geschlossenheit gefordert werden, um den unerhörten Forderungen gegenüber durchzudringen, nicht nur in ihrem eigenen, sondern auch im Interesse der Gesamtheit. Es ist klar, daß ein Ausstand der Landarbeiter gerade jetzt die schon vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten unter Umständen ins Riesenhafte steigern wird. Aber es ist ebenso klar, daß die Bewilligung der Forderungen der Landarbeiter unabsehbare Folgen nach sich ziehen würde, die uns von der von Herrn Michalski geplanten Sanierung des Finanzwesens weit ab und gerade in die entgegengesetzte Richtung treiben würde. Was sollen städtische Arbeiter und Angestellte fordern gegenüber solchen Forderungen derjenigen, die einen wesentlichen Teil ihres Lohnes in Lebensmitteln bekommen, das heißt also gerade mit **dem** bezahlt werden, was, von Tag zu Tag im Preise steigend, die Preise der andern Waren und die Löhne und Gehälter bestimmt. Ein Ausstand der Landarbeiter unter solchen Umständen ist nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine offenbare Sinnlosigkeit.

Lettlands Sorgen.

Riga, 12. Oktober. (PAT.) Um die Zufuhr nach Riga auch im Winter zu sichern, wo der Rigaer Hafen mit Eis bedeckt ist, beschloß die lettische Regierung, eine zweite Eisenbahnlinie längs der bisherigen Eisenbahnlinie, die Riga mit Windau verbindet, wo der Hafen noch den ganzen Winter hindurch eisfrei ist, zu legen. Ein Teil dieser Eisenbahnlinie zwischen Riga und Mitau ist schon fertiggestellt.

Der Rigaer Magistrat faßte eine Entschließung, die von den Leitern der Schulen der nationalen Minderheiten die Kenntnis **der lettischen Sprache fordert**. Er sprach den Gedanken aus, daß die Kenntnis der Staatssprache bei allen Pädagogen erwünscht wäre.

Die Abrüstungskonferenz.

Weitere Einladungen.

London, 13. Oktober. (PAT.) Im Einvernehmen mit allen Mächten erhielten auch **Belgien, Holland** und **Portugal Einladungen** zur Washingtoner Konferenz. Die Presse führt diese Tatsache auf den allgemeinen Wunsch zurück, die kleinen Staaten, die Interessen im Stillen Ozean haben, von den Beratungen nicht auszuschließen. Holland hat seit langer Zeit bedeutende Besitzungen in Asien; Portugal hat zwar nur einen kleinen Teil einer früheren Kolonien behalten; es hat aber zuerst diese entfernten Gewässer den europäischen Unternehmungen erschlossen. **Belgien** dagegen ist finanziell und wirtschaftlich in China interessiert.

Wie die Zeitungen berichten, werden die Minister **Sforza** und **Meda** und der Botschafter **Dirocci Italien** auf der Washingtoner Konferenz vertreten.

„Daily Telegraph" berichtet, daß **Balfour** an die Spitze der englischen Delegation in der Washingtoner Konferenz treten wird. Die „**Morningpost**" meldet, daß **Lloyd George** infolge der inneren Lage Englands beschlossen habe, **nicht persönlich nach Washington** zu gehen.

Englische Pressestimmen.

„**Daily Expreß**" sagt den Ausbruch eines großen neuen Weltkrieges im Jahre 1923 für den Fall voraus, daß dem wahnsinnigen Wettrüsten nicht durch eine Verständigung ein Ende gemacht werde. Die Zeitung tritt dafür ein, **daß der Premierminister selbst nach Washington geht**, und erklärt, man müsse in England einsehen, daß die **englische Nation wiederum am Rande des Abgrundes** stehe, und daß die Reichsinteressen in Kanada, Australien und in dem Fernen Osten in gefährlicher Weise bedroht seien.

„**Daily Expreß**" weist dem **britischen Reich** in Washington eine **Vermittlerrolle zwischen Japan und den Vereinigten Staaten** zu.

„**Pall Mall Gazette**" zufolge sollen starke Einflüsse wirksam sein, um Lloyd George zu bewegen, im November die Reise nach Amerika in Begleitung zahlreicher Finanzsachverständiger anzutreten.

Wie die „**International News**" erfahren, sind die für die Delegation auf dem Schiff „Olympic" für den 26. d. Mts. belegten Plätze abbestellt worden. Dagegen wurden an Bord der „Aquitania", die am 5. November die Reise nach Neuyork antritt, Plätze für die englischen Delegierten belegt. Dieser Termin erlaubt es Lloyd George, noch in der letzten Minute seine Entscheidungen über die Reise zu treffen, wenn die innere Lage Englands es gestattet. Das Organ Lloyd Georges entwickelt an hervorragender Stelle Gründe dafür, daß die Reise zur Konferenz dazu helfen würde, die Frage der Erwerbslosigkeit dadurch zu lösen, daß sie zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft beiträgt. Im allgemeinen ist das Interesse an der Washingtoner Konferenz im Wachsen begriffen.

Der Korrespondent der „**Times**" meldet, **Frankreich** sei zu einer günstigeren Ansicht von der Konferenz bekehrt worden. **Japan** stehe schon gerüstet da inbezug auf alle politischen und taktischen Hilfsmittel. Die „Times" betonen unablässig die Bedeutung der Konferenz für die britischen Reichsinteressen. Der Washingtoner Berichterstatter dieser Zeitung meldet, es sei sehr zweifelhaft, ob der Senat irgend eine Abmachung über die **Interessen des Stillen Ozeans**, die man auf der Konferenz erreichen werde, jemals ratifizieren würde. Ebenso meldet er, der Kongreß werde sich weigern, Hardings Vorschlag, die Schulden der Verbündeten durch Schuldscheine, die in den Vereinigten Staaten in Umlauf gesetzt werden sollen, einzulösen.

Einige englische Korrespondenten in Washington melden ihren Blättern, das amerikanische Publikum und die Mitglieder des Kongresses seien der Streichung der Schulden durchaus abgeneigt. In White Hall beobachtet man großes Stillschweigen inbezug auf die Zusammensetzung der nach Washington zu sendenden Delegation und ihre Abreise. Das englische Kabinett hält beständig Sitzungen ab. Es wird in drei Kommissionen über die Washingtoner Konferenz, den Frieden mit Irland, und die Erwerbslosigkeit beraten. In White Hall verlautet, die für Washington bestimmte Delegation werde aus Lord Curzon, Winston Churchill, Balfour und Fisher zusammengesetzt sein.

Die englisch-irische Konferenz.

London 12. Oktober. (PAT.) Die Konferenz der Sinnfeiner in der irischen Angelegenheit hat Dienstag früh in der Downingstreet begonnen.

Wie aus London berichtet wird, ist die Gegenwart des Mitgliedes der irischen Delegation Colins die Quelle gewisser Befürchtungen und des Ärgers in der konservativen englischen Presse. Colins ist, wie bekannt, Organisator und republikanischer Führer der irischen Armee. „Daily News" nehmen an, daß vor Eintritt in die Beratungen die Delegation sich vor allen Dingen über die Grundlagen des Vertrages verständigen wird.

„Temps" nimmt einen optimistischen Standpunkt ein und bemerkt, daß die gegenwärtige Lage des großbritischen Imperiums weitgehende Konzessionen an die Irländer erlaube. Die englische Presse lenkt ihre Aufmerksamkeit darauf, daß die republikanische irische Armee weiter sich im Zustande der Vorbereitung befindet und mit allen Eventualitäten rechnet. **De Valera** hat dem irischen Volke klar gesagt, daß Irland nur einen Frieden annehmen wird, der die Rechte des irischen Volkes anerkennt und entsprechende Garantien für Irland gibt.

Lord Grey über die Lage.

London, 12. Oktober. (PAT.) Lord Grey hielt in Berweck eine Rede, in der er erklärte, daß die Regierung das Vertrauen im Lande verloren habe. Er griff die Politik, die die Regierung in letzter Zeit gegen Irland führte, an. Die Delegierten der Sinnfeiner mahnte er zur Mäßigung.

Das Memelland.

Danzig, 13. Oktober. (PAT.) Die „**Danziger Zeitung**" berichtet, daß in den letzten Zeiten immer mehr unbewegliche Güter in Memel in die Hände der Polen und Litauer übergehen. Die „Danziger Allgemeine Zeitung", die sich mit dem Los Memels beschäftigt, schreibt: Wenn der polnisch-litauische Streit in der Weise geregelt werden sollte, daß Kowno-Litauen für Wilna Memel erhält, so dürfte diese Tatsache keinen deutsch-litauischen Konflikt hervorrufen. Die moralische Schuld für einen solchen Gewaltakt tragen nach Ansicht der Zeitung die Alliierten. Aufgabe Deutschlands wäre es, die wirtschaftliche Lage auszunutzen und Kowno-Litauen zum Helfer für eine wirtschaftliche Ausbreitung Deutschlands im Osten zu machen.

Entscheidung über Oberschlesien.

Doch eine Teilung.

Genf, 13. Oktober. (PAT.) Die Schweizer Telegraphenagentur berichtet: Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Mittwoch mit der oberschlesischen Frage. Eine offizielle Mitteilung wurde nicht bekanntgegeben. Trotzdem ist die Schweizer Telegraphenagentur imstande mitzuteilen, daß die endgültige Entscheidung **tatsächlich eine Teilung des Industriegebiets bedeutet**. Die endgültige Lösung läuft darauf hinaus, daß die sogenannte erste Sforzalinie mit der zweiten Sforzalinie kombiniert wird. **Gleiwitz**, Hindenburg, ein Teil des Beuthener Kreises mit der Stadt Beuthen wird Deutschland zufallen, Polen dagegen würde Königshütte, Kattowitz mit den Hauptstädten, weiter den Beuthener Kreis ohne Stadt, die Kreise Pleß und Rybnik, im Norden dagegen einen Teil des Tarnowitzer und des Lublinitzer Kreises erhalten.

Das geteilte Industriegebiet.

Wenn die Meldung der polnischen Telegraphenagentur über die erfolgte Teilung den Tatsachen entspricht, dann würde ein großer und zwar **sehr wichtiger Teil** des Industriegebietes an Polen fallen, darunter der größte und ergiebigste Teil des oberschlesischen Steinkohlenbeckens. Bekanntlich liegt das oberschlesische Steinkohlenbecken in den Kreisen Beuthen, Pleß, Ratibor und Rybnik und umfaßt eine Fläche von nahezu 500 Quadratkilometer. Dieses Becken enthält in einer Tiefe bis zu 600 Meter etwa 50 000 Millionen Tonnen Kohle. Die oberschlesische Kohle steht bezüglich ihres Brennwertes den besten Sorten der Erde mindestens gleich. Die wichtigsten Gruben, also Königs- und Laurahütte (staatlich), Swientochlowitz und Kattowitz (Henckel von Donnersmarck), Orzesche (oberschlesische Aktiengesellschaft) sollen Polen anheimfallen, ebenso die noch sehr wenig ausgebeuteten, reichen Gruben der Kreise Rybnik und Pleß. Ebenso würde nach dem Teilungsplan ein großer, wenn nicht der größte Teil der Tarnowitzer Hüttenwerke von Deutschland abgetrennt. Der Tarnowitzer Kreis hat das reichste bekannte Zinklager, dessen Galmei auch das seltene Metall Kadmium einschließt. Was mit den **Zinklagern** von Lipine werden soll, geht aus den bisherigen Meldungen nicht hervor. Der bei Deutschland verbleibende Teil des Industriegebietes umfaßt mehr den Eisen- und Erzbergbau.

*

Diese endgültig vom Völkerbundrat angenommene Lösung ist von den vorher vorgeschlagenen Grenzlinien verschieden. Die Teilung des Industriegebiets wird in der Weise durchgeführt werden, daß **Gleiwitz, Hindenburg** und die Stadt **Beuthen** Deutschland zuerkannt werden. Die Kreise **Königshütte** und **Kattowitz**, ein Teil des südlichen Beuthener Kreises werden Polen angegliedert, Polen zuerkannt werden auch ganz die Kreise Rybnik, Pleß und Myslowitz. Wie es scheint, werden im Norden Tarnowitz und ein Teil des Lublinitzer Kreises ebenfalls an Polen fallen. Im Beuthener Kreise soll die Grenze unmittelbar neben der Stadt laufen. Der Völkerbundrat hat den Gedanken angeregt, eine große internationale Kommission einzuberufen, er ist jedoch mit der Bildung einer **gemischten Kommission einverstanden**, die aus Vertretern der interessierten Parteien und aus einem neutralen Vorsitzenden besteht, der vom Rat dafür bestimmt wird. Wahrscheinlich wird Briand von England, Italien und Japan die Vollmacht erhalten, die Entscheidung über die oberschlesische Angelegenheit zu veröffentlichen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Lösung der oberschlesischen Angelegenheit mit der Begutachtung des Obersten Rates noch diese Woche in Paris als endgültige und legale Entscheidung veröffentlicht werden.

Belagerungszustand in Oberschlesien.

Paris, 13. Oktober. (PAT.) Wie „Matin" berichtet, erhielten die Kommandanten der alliierten Truppen in Oberschlesien den Befehl, sich bis Mittwoch in Bereitschaft zu halten. Vom Tage der Veröffentlichung der Entscheidung wird im Abstimmungsgebiet der Belagerungszustand verhängt werden.

Verschiedene Stimmen.

Paris, 12. Oktober. (PAT.) Die oberschlesische Angelegenheit, deren Lösung am Mittwoch erfolgen soll, beschäftigt in großem Umfang die Pariser Zeitungen. Wenn auch Stillschweigen über den Bericht des Völkerbundsrates gewahrt wird, so erfährt der Genfer Korrespondent des „**Petit Journal**" dennoch, daß die Grenzlinie, die der Völkerbundsrat in dem genannten Bericht festsetzen soll, westlich von Beuthen und Königshütte gehen solle. Eine der Persönlichkeiten, die von diesem Korrespondenten gefragt wurde, erklärte: „Die Interessen Polens werden berücksichtigt; der Völkerbundsrat wird die Grenze im Geiste der Gerechtigkeit und der Achtung der Rechte ohne irgendwelche Konzessionen festlegen." **Aszkenazy** erklärte diesem Korrespondenten: „Ich erwarte mit Vertrauen das Urteil des Völkerbundes, da ich überzeugt bin, daß ein Rat, in dem Männer von solchem Ansehen wie **Bourgeois** und **Balfour** sitzen, nur ein gerechtes Urteil fällen können." Der Korrespondent erklärt, es werde sich ohne Rücksicht auf die endgültige Entscheidung zeigen, daß der Völkerbund den Streit in einer Weise schlichten wird, die nach Ansicht der Sachverständigen eine **Überraschung für die diplomatische Welt sein wird**. Zu den Gerüchten, die in vielen Zeitungen aus Berlin einlaufen, nach denen Lord **d'Abernon** sich einer für Polen günstigen Lösung der oberschlesischen Frage widersetzt, und Balfour von seinem Standpunkt benachrichtigt habe, erklärt „Petit Parisien", daß man diese Gerüchte mit größter Vorsicht aufnehmen müsse. Er bemerkt, daß sie weder in Genf noch in Paris bestätigt wurden. Nach der Ansicht des „Petit Parisien" wäre ein Widerspruch Englands um so weniger anzunehmen, als gerade die englische Regierung den Gedanken angeregt habe, die oberschlesische Angelegenheit dem Völkerbunde zur Prüfung vorzulegen. Wenn diese Regierung einen Druck auf den Völkerbund ausübe, so würde sie sich selbst widersprechen. Die Zeitung schreibt weiter, daß von einer Verbindung des in Wiesbaden geschlossenen Vertrages und der oberschlesischen Angelegenheit keine Rede sein könne und erklärt, daß eine Verbindung dieser Angelegenheiten eine Erpressung sei, der der Völkerbund keine Bedeutung beilegen dürfte.

Die Verantwortlichkeit des Sejms für die Finanzen.

Bei der Besprechung des Michalskischen Programms bestätigen Zeitungen verschiedener Parteirichtungen die Verantwortlichkeit, die der Sejm für die Durchführung der Finanzreform trägt. Hierzu schreibt die „Nowa Reforma": „Beim Lesen der Rede des Finanzministers gewinnt man den seltenen und darum um so besseren Eindruck, daß endlich der richtige Mann den verantwortungsvollen Posten übernimmt. Dies aber ist erst der eine Teil der Frage. Der zweite, bedeutend schwierigere Teil ist der, ob die 16 Parteien unseres Sejms genügend Verstand, Verantwortungsgefühl und Patriotismus bezeigen werden, um eine Reihe von Entschließungen zu fassen und einem Minister Unterstützung zu gewähren, dessen Tätigkeit schwer und unangenehm sein muß, wenn sie in nächster Zukunft die erwarteten Erfolge haben soll. Unzweifelhaft ist jetzt, da der gegenwärtige Sejm seiner Auflösung entgegengeht, kurz vor den Neuwahlen, in dieser Atmosphäre der Finsternis und der politischen Demoralisation, die leider bei uns herrscht, die Notwendigkeit gerade eines solchen Verhaltens wenigstens einer genügend starken Parteimehrheit sehr in Frage gestellt. Nun stellt sich aber die Sache so dar, daß entweder eine Gesundung unserer Staatsfinanzen erfolgen wird nach den Grundsätzen, die uns Herr Michalski vorgelegt hat, oder der Staat wird früher oder später zu Grunde gehen. Da die Krankheit äußerst bedenklich ist, so kann ihre erfolgreiche Heilung ebenfalls nicht leicht sein. Die Rede des neuen Finanzministers ist männlich gehalten. Es geht jetzt darum, daß solche klare Charaktere sich ebenfalls in den Sejmparteien zeigten."

Ähnlich schreibt der „Kurjer Poranny" in derselben Angelegenheit: „Die Schwierigkeiten der Lage liegen tiefer. Sie liegen, wie wir aus Erfahrung wissen, darin, daß sogar solch passive Minister, wie die, die uns bisher eine grausame Vorsehung gab, kein angenehmes Leben in der Sejmkammer hatten. Ein „Aktivist" dieser Art, als den sich Herr Michalski ankündigt, wird sich dem Druck der verschiedenen Parteien und Gruppen beugen müssen. Wenn ihm der Sejm keine weitgehenden Vollmachten erteilt, so werden seine Absichten vereitelt werden; wenn er diese Vollmachten erteilt, so werden jene Wähler, deren Interessen von dem Vorgehen des Ministers besonders betroffen werden, ihrem Kandidaten niemals das Vertrauen verzeihen, das sie in den Minister legten. Es ist das ewig dieselbe Tragik jedes Parlamentarismus, die die Lage vor den Wahlen, in der wir gegenwärtig leben, verschärft."

Der „Czas" aber orakelt: „Wenn der Sejm diese Grundsätze gutheißt, dann gibt er dem Finanzminister einen großen Beweis seines Vertrauens, kräftigt zugleich seine Stellung im Kabinett und im Lande und schafft einen festen Boden für die einzelnen Gesetze, die eine Gesundung der polnischen Valuta herbeiführen sollen; der Erfolg des Herrn Michalski wird sich dann in einen Sieg verwandeln. Die Tragweite der Verhandlungen und Abstimmungen über die genannten Punkte ist deshalb grundlegend. Die Energie, der starke Glaube und der Schwung, mit dem der neue Minister an das schwere Werk der Sanierung herangeht, werden entweder gleich zusammenbrechen, — oder sie werden, wie man vertrauen darf, Unterstützung finden. Wünschen wir uns im Interesse unserer Entwickelung die zweite Möglichkeit. Herr Michalski, ein befähigter, arbeitssamer Mensch, ein Fachmann, der mit ungewöhnlicher Gesundheit und ungewöhnlicher Begeisterung ausgestattet ist, ist vielleicht unsere letzte Chance dafür, daß wir einer Zeit normaler wirtschaftlicher Verhältnisse entgegensteuern. Wenn der Sejm seine Forderung verwirft und ihm das Vertrauen abspricht, so würde das eine Erschütterung bedeuten, die nicht nur Kartenhäuser umzustürzen vermag. Wir würden uns an demselben Tage überzeugen, daß der Dollar die Summe von 10 000 polnischer Mark übersteigen würde — und zugleich daran, daß ein Fachmann fehlt, der unter anderen Bedingungen wie Herr Michalski den schwierigsten Wirtschaftsposten in Polen und vielleicht auf dem ganzen Erdball übernehmen wollte und könnte.

Aus den Sejmausschüssen.

Warschau, 12. Oktober. (PAT.) Der Verfassungsausschuß hielt unter dem Vorsitz des Abg. Rataj unter Teilnahme der Delegierten des Innen- und Justizministeriums eine Sitzung ab, in der der Vorsitzende die Antwort auf das Schreiben des Abg. Stapinski verlas, in dem dieser den Sejmmarschall darauf aufmerksam machte, daß seit der Zeit, da der Abg. Rataj den Vorsitz im Verfassungsausschuß führt, man in der Wahlordnung festgefahren sei. Der Standpunkt der Kommission ging darauf hinaus, daß diese Angelegenheit sie nicht berührt. Der Abg. Dubanowicz betonte, daß das mäßige Tempo von dem Referenten Abg. Dr. Butzek durch seine komplizierten Vorschläge in die Beratungen hineingetragen wird. Der Abg. Lutosławski wandte seine Aufmerksamkeit auf die falsche Verteilung der Arbeiten der Unterkommission zur Formulierung des Artikel 6 und 7. Die Kommission beschloß, eine Unterkommission einzuberufen, damit diese ihre Anträge in der Sitzung am 18. d. Mts. vorlege. In der eingehenden Aussprache wurde der Artikel 10 erledigt, der nach dem Wortlaut des Textes des Artikel 16 der Verfassung angenommen wurde; er betrifft die Beurlaubung der Beamten, die zu Abgeordneten gewählt wurden. Der Artikel 2 wurde entgegen dem Vorschlag des Referenten, der eine vollkommene und endgültige Befreiung von der Militärpflicht für jene forderte, die zu Abgeordneten gewählt wurden, gemäß dem Antrag des Abg. Pfarrer Lutosławski mit dem Wortlaut angenommen, daß Militärpersonen, die zu Abgeordneten gewählt werden, in den passiven Stand übergehen sollen mit Befreiung von aller Dienstabhängigkeit; auch dürfen sie während ihrer Mandatszeit keine Uniform tragen. Den Artikel 12, in dem der Referent die genannten Bestimmungen auch auf jene Personen ausgedehnt wissen wollte, die den Posten eines Ministers, eines Unterstaatssekretärs oder eines Universitätsprofessors bekleiden, hat die Kommission auf den Antrag des Abg. Pfarrer Lutosławski gestrichen. Hierbei bemerkte der Abg. Pfarrer Dziennicki, daß ebenso der Kriegsminister von der Dienstabhängigkeit befreit werden müßte. Im Artikel 13 wurde auf den Antrag des Abg. Dr. Dubanowicz die Zahl der 360 Abgeordneten nach dem Regierungsentwurf auf 400 vermehrt. Im Artikel 14 wurde auf Antrag des Abg. Pfarrer Lutosławski statt des zweiten Absatzes nachstehende Entschließung gefaßt: Die Teilung in Wahlkreise und die Zahl der Abgeordneten, die auf die einzelnen Wahlkreise fällt, wird alle zehn Jahre durch ein besonderes Gesetz über die allgemeine Volkszählung bestimmt. Darauf wurde die eingehende Aussprache unterbrochen. Die Kommission erhielt den Gesetzentwurf über das Verhältnis des polnischen Staates zu den evangelischen Bekenntnissen und über das Verhältnis des polnischen Staates zu dem evangelisch-augsburgischen Bekenntnis. Die Prüfung dieser Entwürfe wurde mit der Begründung vertagt, daß sie die Beratungen über die Wahlordnung nicht hindern dürfen.

Der **Landwirtschaftsausschuß** nahm unter dem Vorsitz des Abg. Pichota den Bericht des Delegierten des Landwirtschaftsministeriums Zagrodzki über die Ergebnisse des Kampfes mit der Rinderpest entgegen und empfahl der Regierung, andere Staaten für das Problem des Kampfes gegen diese Seuche zu interessieren.

Der **Haushaltsausschuß** beendete unter dem Vorsitz des Abg. gebühren von Rechnungen und Quittungen und begann eine Ausbgeühren von Rechnungen und Quittungen und begann eine Aussprache über den Regierungsentwurf über die vorläufige Festsetzung der Gebühren von Patenten zur Herstellung von Getränken, Spiritusfabrikaten und Hefe.

Der Ausschuß für öffentliche Aufklärung erneuerte unter dem Vorsitz des Abg. Sołtik mit Beteiligung des Vizeministers Łuposzański und des Delegierten des Finanzministeriums Dzierzanowski in der heutigen Sitzung die Aufforderung an den Finanzminister, daß er den Entwurf des Gesetzes über Errichtung und Instandhaltung von Volksschulen vorlegen möge.

Der **Verwaltungsausschuß** faßte unter dem Vorsitz des Abg. Opala mit Beteiligung von Delegierten des Finanzministeriums und des Ministeriums für Innenangelegenheiten, des Ministeriums des ehem. preußischen Teilgebiets und des Kriegsministeriums nach Anhören der Ansprache des Abg. Dr. Sowolewski über die Bildung eines freiwilligen Grenzkontrollkorps eine Entschließung, die die Regierung auffordert, daß sie in acht Tagen den Bericht über den Grenzschutz vorlegen solle.

Der **Verkehrsausschuß** nahm unter dem Vorsitz des Abg. Rajca den Bericht des Ministers Stoskowicz über den gegenwärtigen Stand des Post- und Telegraphenwesens und über die künftigen Pläne entgegen. In der Aussprache wurde die besondere Aufmerksamkeit auf die Personalangelegenheit in den Grenzgebieten, auf eine radiotelegraphische Verbindung zwischen Polen und Amerika und auf Postverbesserungen für die Dörfer gelenkt.

Der Rechtsausschuß und die Kommission für öffentliches Gesundheitswesen nahm unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Seyda nach dem Referat des Abg. Dr. Rottermund eine Reihe von Verbesserungen im Gesetzentwurf über die Durchführung der ärztlichen Praxis an.

Oesterreich.

Arbeiter und Monarchistenputsch.

Wien, 12. Oktober. (Telunion.) In der Volkshalle fand gestern eine Massenversammlung der Burgenländischen Organisationen statt. Im Verlaufe der Versammlung erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ellenbogen u. a. bezüglich der Gerüchte von einem geplanten Monarchistenputsch: Die Herrschaften, die jetzt die Verschwörer spielen wollen, sind noch sehr ungeübt. Diese naiven Herren sind nicht geeignet, Putsche zu fabrizieren, aber eins will ich hier bemerken: Das verbrecherische Treiben des ehemaligen Ministerpräsidenten Hussarek und des Hofrates Wiesner, sowie des Direktors der Kanzlei des Exkaisers, Szhafer, wird die Arbeiterschaft sich nicht sehr lange gefallen lassen. Wenn diese Herrschaften mit uns spielen wollen, so werden sie die proletarischen Fäuste zu spüren bekommen. Wir sind auch mit allen Mitteln und für alle Fälle gerüstet. Die „Arbeiterzeitung" bemerkt zu dem Treiben der Monarchisten: Es liegt nicht in unserer Macht, die Monarchisten am Losschlagen zu hindern, aber es liegt in unserer Macht, sie mit blutigen Schädeln heimzuschicken. Die Bartholomäusnacht, die sie den Republikanern zugedacht haben, wird zu einer Bartholomäusnacht für die Monarchisten werden.

Ein Sieg der Griechen.

Athen, 13. Oktober. (PAT.) Eine Mitteilung vom 10. d. Mts. berichtet, daß die am 30. September begonnene große Schlacht in der Gegend von Afium Karahissar mit einem Siege der Griechen endete. Die Türken zogen sich auf der ganzen Linie nach Osten und Südosten zurück und wurden von den Griechen hinter den Sakariofluß zurückgedrängt.

Sowjetrußland.

Das Banditenunwesen greift um sich.

Moskau, 13. Oktober. (PAT.) In dem ganzen Kostromaer Gouvernement verbreitet sich der Banditismus. Die Bauern haben zu deren Bekämpfung besondere Abteilungen gebildet; einer der Banditen wurde auf einem Holzstoß verbrannt.

Auch aus allen Kreisen des Gouvernements Tambow wird von Banditenüberfällen gemeldet; alle bisher angewendeten Mittel zur Bekämpfung des Banditenunwesens waren ohne Erfolg. Die bevollmächtigte Kommission des Vollzugsausschusses gab den Befehl heraus, daß die aufständischen Abteilungen Antonows die Waffen niederlegen und sich bis zu einem festgesetzten Termin ergeben sollten. Wer diesem Befehl keine Folge leistet, wird außerhalb des Gesetzes gestellt.

Dieselben Nachrichten laufen aus Minsk ein. Die gefangenen Banditen werden ohne Urteil erschossen.

Aus Moskau wird gemeldet: Die Gegenrevolutionäre zerstörten das Eisenbahnnetz, wodurch der aus Kiew kommende Zug entgleiste. 30 Reisende fanden den Tod, viele wurden verwundet. Die Banditen beschossen den entgleisten Zug und beraubten die Passagiere.

Die Hungersnot nimmt zu.

Riga, 13. Oktober. (PAT.) In einer Sitzung des Vollzugsausschusses erklärte Kalenin, daß die Zahl der Hungernden 25 Millionen erreicht. Der gesamte Kartoffelvorrat in ganz Sowjetrußland beträgt 19 981 000 Pud.

In der Republik Dagestan ist gleichfalls eine Hungerkatastrophe eingetreten; es herrscht dort vollkommener Brotmangel.

Das Verkehrskommissariat macht bekannt, daß die nordwestliche Eisenbahnlinie und die Linie Moskau—Kazan am 1. November ohne Holz sein werden. Auf verschiedenen anderen Linien macht sich großer Kohlenmangel fühlbar.

Schon mangelt es an Papiergeld.

Moskau, 13. Oktober. (PAT.) In Verbindung mit der neuen Festsetzung der Löhne wurde den Arbeitern und Beamten wegen Mangels an Papiergeld kein Lohn ausgezahlt.

Aus Grusien.

Riga 11. Oktober. (PAT.) Aus Grusien ankommende Flüchtlinge berichten über die schrecklichen Verhältnisse, die dort herrschen. Es werden täglich 10 bis 15 Personen erschossen. Die Verhaftungen mehren sich. Die Bolschewisten legten Grusien 60 Millionen Rubel an Kontributionen auf, die auch von ausländischen Firmen gezahlt werden müssen. Cholera, Typhus und Malaria verbreiten sich in beängstigender Weise. Sogar den Reichen ist es schwer, Lebensmittel zu erhalten.

Aus Petersburg.

Riga 13. Oktober. (PAT.) Nach Informationen der finnischen Presse wurde über den Petersburger Hafen der Belagerungszustand verhängt.

Hier treffen Nachrichten von großen Schäden ein, die ein Sturm in Petersburg anrichtete. Eine Reihe von Straßen wurden überflutet, Etliche 30 Personen kamen ums Leben.

Bolschewisten und Sozialrevolutionäre.

Paris, 13. Oktober. (PAT.) Wie „Narodny Listy" mitteilen, begaben sich etliche Führer der russischen Sozial-Revolutionäre aus Paris nach Prag, um an einer Konferenz unter den Vorsitz Kerenskis teilzunehmen. Die Sozial-Revolutionäre erklärten angeblich ihre Bereitwilligkeit in eine Koalitionsregierung einzutreten, wenn die Bolschewisten sich entschließen, eine Konstituante einzuberufen, eine Amnestie zu erlassen, und den Führern der Sozialrevolutionäre gewisse Garantien zu geben.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von **Leontine von Winterfeld**.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Wie hatte der gräßliche Traum gesagt? Das Leben Deines Kindes oder das Herz Deines Mannes! Dummer Traum! Dummer, dummer Traum! Als ob Gott einen so namenlos reich macht, bloß, damit man wieder arm wird! War das nicht lächerlich? Absurd?

Tief, tief holte sie Atem. Und küßte ihn noch einmal — ängstlich behutsam.

Dann schlich sie lautlos auf den Zehenspitzen zurück zu ihrem schlafenden Kinde.

Der Kleine schlief weiter bis zum Morgen, trank dann sogar sein Fläschchen und hatte normale Temperatur. Lies war selig. Aber sie wagte noch nicht, von seinem Bettchen zu gehen, zumal er noch viel weinte und unruhig war. Sie ließ die Mahlzeiten heraufbringen und empfing alle die teilnehmenden Besuche der anderen an der Tür, damit der Junge nicht gestört würde. Ellen, die schon in der frühesten Morgenstunde kam, nach ihr zu sehen, nahm sie rasch beiseite.

„Ellen, ich habe eine riesige Bitte an Dich. Einen Appell an Deinen Geist, Deine Gutmütigkeit und Deine Zeit."

Ellens Augen leuchteten vor Freude.

„Ach, alles, alles, Lies, was ich Dir zuliebe tun kann. Ich habe mich ja so schrecklich geängstigt um den Jungen, die ganze Nacht kein Auge zugetan. Weil ich immer dachte, es sei durch meine Schuld etwas verfehlt gewesen."

„Aber Liebling, das ist doch Unsinn."

Lies legte weich den Arm um die Schwester und küßte sie. Ungeduldig drängte Ellen:

„Na los, was kann ich tun für Dich?"

„Ja, sieh mal, Schatz, ich werde jetzt die nächsten Tage noch schwerlich vom Jungen wegkönnen, hätte auch gar keine Ruhe wo anders. Nun kennst Du ja aber Knut. Der ist sofort traurig oder gar gekränkt, wenn man nicht immer bei ihm ist. Ich möchte ihm so schrecklich ungern weh tun. Aber sieh mal, Männer begreifen solche Sorge um ein kleines Kind einfach nicht. Und damit er sich nicht wundert über mein vieles Abwesendsein und nicht denkt, daß ich eine zimperliche Mutter bin, — kannst Du ihn nicht ein bissel ins Schleptau nehmen, Ellen? Sieh mal, zu Hause hat er ja seine Arbeit, aber hier auf Urlaub ist er immer so hilflos und verlassen ohne mich. Vater und Fried haben den ganzen Tag auf dem Felde zu tun, Mutter ihre Hauswirtschaft, da kann sich halt niemand so recht um ihn kümmern."

Ellen lachte und streichelte Lies, blasse Wangen.

„Süße Lies, sorg Dich nur auch nicht noch darum. Also der langen Rede kurzer Sinn ist, ich soll meinen teuren Schwager beschäftigen und von Dir fern halten, so lange der Prinz noch nicht auf dem Damm ist. Gut, machen wir! Obgleich es mein Schlimmstes ist, von Knut Geschichtsvorlesungen anhören zu müssen. Aber was tut man nicht alles, seinem armen, sorgenvollen Schwesterchen zuliebe. Weißt Du was, ich nagele ihn ans Klavier, da sitzt er stundenlang. Aber kann ich Dich vorläufig nicht ablösen hier? Noch schläft ja alles im Haus, Du siehst so übernächtigt aus, hast so tiefe Ränder unter den Augen. Geh Schatz, leg Dich ein bißchen aufs Ohr."

Aber das wollte Lies nicht, auf keinen Fall. Sie mußte bei der Wiege bleiben und wachen. —

In Nilmer kamen und gingen die Tage. Die Sorge um ihren Jungen machte Lies noch lange zu schaffen. Jeden Abend hatte er erhöhte Temperatur und schrie so viel. Das mochte mit dem Zahnen zusammenhängen.

Ellen gab sich unterdessen redliche Mühe mit Knut Stundenlang lief sie des Tages mit ihm spazieren in Wald und Feld, nur um ihn von Lies abzulenken, die er schon fast nervös gemacht hatte mit seinem ewigen „Kommst Du nicht endlich, Lies?"

Abends aber, wenn die anderen alle gemütlich im Wohnzimmer saßen oder draußen auf der von Pfeifenblatt umrankten Veranda, machten Knut und Ellen in der Gartenstube Musik.

Dann konnte es geschehen, daß sie beide, ganz versunken in ihr Spiel, nicht merkten, wie die Stunden verschwanden.

Bis in den späten Abend hörte Lies dann oben durch ihr offenes Fenster, wo sie träumend saß, um den Schlaf des Kleinen nebenan zu belauschen, das wundervolle harmonische Zusammenspielen von Geige und Klavier da unten im Gartenzimmer. Fast immer nur tiefe, große, klassische Musik. Die machte ihr Herz dann so weich, daß es sie oft wie Sehnsucht überkam. Sehnsucht sie? Lies Rainer? Die vom Schicksal Verwöhnte, so reich Gesegnete? Wonach nur? Sie wußte es selber nicht. Wenn dann über den wogenden, weiten Kornfeldern die Sonne unterging und die Dämmerung leise geschritten kam mit ihrem dunklen Mantel, wenn die blühenden Linden unter ihrem Fenster stärker dufteten als am Tage und die Sterne langsam emporstiegen am klaren Nachthimmel, da war es Lies, als versänken mit der Sonne auch etwas in ihrem Leben, — etwas Großes, Lichtes, Wunderbares, — aber sie wußte nicht was, — konnte sich nicht erklären, was das war.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

— **Goethe über Shakespeare.** Als am 14. Oktober 1771 in Frankfurt am Main der Namenstag Shakespeares mit großem Pomp gefeiert wurde, hielt Goethe, damals 22 Jahre alt, die Festrede. Darin protestierte er aufs energischste gegen die französische Nachahmung der griechischen Tragödie und stellte dann Shakespeare als sein Ideal hin. Er nannte Shakespeares Theater einen schönen Raritätenkasten, in dem die Geschichte der Welt vor unseren Augen an unsichtbaren Fäden vorbeiwallt. „Shakespeare", sagte Goethe, „wetteiferte mit Prometheus, bildete ihm Zug um Zug seine Menschen nach, nur in kolossalischer Größe! Und dann belebte er sie mit dem Hauch seines Geistes!" In späteren Jahren hat Goethe die Verdienste seines britischen Ideals noch mehrfach gewürdigt, so 1813 in „Shakespeare und kein Ende". Schwerlich wird man einen Dichter finden, heißt es da, dessen einzelnen Werken jedesmal ein anderer Begriff zugrunde liegt, und im Ganzen wirksam ist. 1826 endlich, in seiner Abhandlung „Erste Ausgabe des Hamlet" faßt Goethe sein Urteil über Shakespeare nochmals zusammen in die Worte: „Wir alle, wie wir auch sind, können weder seinen Buchstaben noch seinem Geiste genügen!"

Aus der polnischen Presse.

Vorschläge zur Rettung der polnischen Valuta macht im „Tydzień Polski" Herr Gustav Rosenblum. Wir entnehmen dem Aufsatz folgende Ausführungen: „Für einen nicht voreingenommenen Beobachter stellt sich die Angelegenheit vollständig klar da. Vor einem Jahre war die Lage Polens in jeder Beziehung schlechter; im denkwürdigen August vorigen Jahres zahlten wir jedoch für einen Dollar 150 polnische Mark bei einem Gesamtumlauf der Banknoten auf die Summe von 25,4 Milliarden Mark, gegenwärtig bei doppelter Getreideernte, beim verdoppelten Viehbestand zahlen wir für denselben Dollar über 3000 Mark, dagegen haben wir 125 Milliarden polnische Mark, die mit Genehmigung des Sejms von den Finanzbehörden emittiert wurden.

Diese Ziffern und Tatsachen weisen darauf hin, daß der Sturz unserer Valuta auf die übermäßige Zahl der Banknoten zurückzuführen ist. Parallel mit diesem Sturz wächst die Teuerung, weil der Rückgang der Valuta die Teuerung hervorruft und die letztere verlangt eine immer größere Anzahl Banknoten zum Umtausch. Es ist ein Irrweg ohne Ende. Um aus diesem Labyrinth herauszukommen, müßte man den Geldumlauf beschleunigen und dafür Sorge tragen, daß eine und dieselbe Banknote nicht einmal oder zweimal von Hand zur Hand übergeht, sondern mehrere Male. An Stelle der Barumsätze sollte man Scheck- und Wechsel-Transaktionen einführen, die stets das beste Umtauschmittel anstatt der Banknoten waren. Wenn dies geschieht, hört das weitere Drucken der polnischen Mark unzweifelhaft auf. Die Zahl der Banknoten vergrößert sich jeden Monat um 10 Prozent, was vom Gesichtspunkte der Technik des Geldumlaufs eine Absurdität ist.

Die Finanzbehörden haben es nicht verstanden, das Vertrauen der Gesellschaft zu erwecken, weil ihre Politik und ihre Verordnungen reaktionär und auf veralteten Grundsätzen und Technik gestützt sind.

Die Finanzbehörden wünschen, daß wir kurz- und langfristige Anleihen kaufen, vergessen jedoch dabei, daß sogar Amerika, England und Frankreich für ihre Anleihen größere Zinsen zahlen als bei uns. Die Anormalität unseres Marktes zwingt direkt zur Warenspekulation, wenn man für geliehenes Geld den Banken 24 Prozent und mehr zahlen muß und für deponierte Gelder kaum 8 Prozent erhält.

„Ist denn unserem Finanzminister und allen Herren Ministern nicht bekannt, daß 99 v. H. unserer Landbevölkerung und auch der größte Teil der städtischen Bevölkerung überhaupt nicht versteht, was eine Staatsanleihe, was eine Obligation ist, was für eine Bedeutung der Kupon hat, wann und wo ein solcher Kupon abgeschnitten oder realisiert werden soll. Unsere Bevölkerung kennt dagegen die Sparkassen, wo die Einlagen entgegengenommen und wo in den Sparbüchern die entsprechenden Zinsen eingetragen werden.

Und das ist kein Mangel an Kultur bei unserer Bevölkerung im Vergleich zu dem Westen. Dieselbe Kultur ist überall in Europa, in England oder Frankreich.

Einem Direktor der Englischen Bank wurde der Ankauf unserer Millionówki vorgeschlagen. Er antwortete, daß kein englischer Handwerker oder Bauer nicht einmal ein englisches zinstragendes Papier kaufen will, weil er dieses nicht kennt und nicht versteht, er legt dagegen seine Ersparnisse in die Banken, die auf dem Weltmarkt die günstigsten Anleihen und Emissionen selbst einkaufen. Dasselbe geschieht in Amerika, wo die Milliarden in sog. Saving-Banken gesammelt werden, und diese befassen sich selber mit der Unterbingung der Gelder ihrer Klienten."

Wenn die Finanzbehörden mit der Psychologie der breiten Bevölkerungsmassen und mit der Konjunktur des Geldmarktes rechnen werden, dann werden sie sicher mehrere Milliarden Mark einstecken können, die heute in der weiten Welt zerstreut sind und auf gute Unterbringung warten.

Jede Leih-, Gemeinde- oder Postkasse, auch jedes Finanzamt sollten Scheckbücher mit Verzinsung der lang- und kurzfristigen Einlagen verkaufen, die Schecks sollten nach der Art der allgemein bekannten Schecks der Amerikanischen Expreß-Company fixiert, sämtliche Bareinlagen in die Staatskassen sollten so wie die Wiedergeburtsanleihe von der Entrichtung der Vermögenssteuer befreit sein. Wenn dies alles gemacht wird und es läßt sich in einer Woche machen, so fließen in die Staatskassen 30—40 Milliarden polnische Mark ein; dadurch wird das Drucken neuer Milliarden und der weitere Sturz der Valuta aufgehalten, sowie Polen vor dem Ruin bewahrt. Hier ist keine Zeit zu verlieren.

Polen braucht keineswegs eine solche Flut von Banknoten für seine Transaktionen; Frankreich hat die Zahl seiner Franks im Vergleich zu der Vorkriegszeit nur sechsmal, England zehnmal vergrößert, wir dagegen mindestens 200 mal. Eine Reduzierung dieses Geldumlaufs ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart. Die übermäßige Zahl der Banknoten, die die allgemeine Teuerung hervorgerufen, muß in die Bankkassen, die eigentlichen Regulatoren des Geldumlaufs, einfließen.

Wenn die Postsparkasse, die nur 2 % auf Scheckkonto zahlt, in einer kurzen Zeit 10 Milliarden Ersparnisse machen konnte, die Anweisungen erleichternd, so wird die Polnische Darlehnskasse, die 5 % zahlt, bei Befreiung der Einlagen von der Vermögenssteuer, viermal soviel sammeln können.

Wenn sie mehr sammeln will, so sollte sie den Zinsfuß erhöhen und die Gesamtheit dadurch zu Ersparnissen ermuntern. Zu diesem Zweck muß eine energische Agitation auf dem Lande durchgeführt werden, wo Milliarden zwecklos liegen. Auf diese Weise könnte man nicht nur den Überfluß von Banknoten, sondern auch Gold und Silber dem Umlauf entziehen und dafür Zinsen in Mark laut Kurs entrichten. Wieviel Metalle der Staat dadurch gewinnen würde, läßt sich nicht voraussagen, zumal auch nicht bekannt ist, wieviel sich dieser Metalle im Verkehr befinden, jedenfalls mehr, als von der Konfiszierung aus den Bank-Safes. Die Konfiszierung müßte übrigens im Sinne der Konstitution aufgehoben werden.

Das Resultat einer solchen einfachen, jedoch gerechten Politik wird das beste sein, doch muß man sich damit beeilen, handelt es sich doch um die Existenz und den Wohlstand Polens."

Politische Tagesneuigkeiten.

Auslieferung des Riesendampfers „Columbus". Der Ozean-Riesenschnelldampfer „Columbus", der in den Jahren 1914/15 für den Norddeutschen Lloyd auf der Danziger Schichauwerft erbaut wurde, wird nunmehr auch an die Entente abgeliefert werden und zwar verläßt das Schiff Mitte Dezember Danzig, um in den Besitz der White-Star-Linie überzugehen. Eine Kommission der White-Star-Linie befindet sich z. Zt. in Danzig. „Columbus" ist jetzt in „Homeric" umgetauft worden. Von Danzig geht das Schiff zunächst nach Hamburg, um auf der Werft von Blohm u. Voß zu docken. Von Hamburg wird der Dampfer dann nach England gehen, um für die Fahrt nach Neuyork eingestellt zu werden. Wie amerikanische Blätter berichten, sind für das Frühjahr Fahrkarten für den eleganten Luxusdampfer im Voraus bestellt worden.

Das tschechoslowakische Budget. „Lidove Doviny" berichtet, daß das Budget für das Jahr 1922 schon endgültig festgelegt ist. Es weist rund eine halbe Milliarde Defizit auf. In dieses Budget nicht eingeschlossen sind die für das Jahr 1922 vorgeschlagenen Zulagen für die Staatsbeamten, die gegen 2 Milliarden Kronen betragen. Dieses Defizit wird infolge einer neuen Anleihe für militärische Zwecke, die 300 Millionen Kronen betragen, noch mehr wachsen.

Die Schantungfrage. In der Antwort auf die japanische Note über die Schantungangelegenheit erklärt die chinesische Regierung, daß die japanischen Vorschläge sich nicht zur Annahme eignen. China fordert die Rückgabe Kiautschaus und die Räumung des Gebiets durch japanische Truppen.

Deutsches Reich.

** **Kabinettsrat.** Am Dienstag trat in Berlin ein Kabinettsrat zusammen. Minister des Aeußern Dr. Rosen ergänzte noch einmal ausführlich seinen Bericht über die politische Lage. Im übrigen war die Sitzung streng vertraulich. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß das Kabinett Wirth vor schwersten Entscheidungen stehe. Es handelt sich um eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage der Gesamtpolitik, die bei unbefriedigender Lösung den Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben würde, um so mehr, als seit langem bekannt ist, daß schwere Verstimmungen zwischen Wirth und Rosen bezw. Rosen und Rathenau bestehen, da sowohl der Kanzler als auch der Wiederaufbauminister wiederholt Eingriffe in die Rechte des Ressorts des Außenministers vorgenommen haben. An amtlicher Stelle werden irgendwelche Demissionsabsichten noch abgeleugnet, doch steht fest, daß das Kabinett seit seinem Bestehen jetzt vor den allergrößten und allerschwersten Entscheidungen stehe. Über Oberschlesien liegen bis zur Stunde an amtlicher Stelle noch keine Entscheidungen vor.

** **Das Defizit der Eisenbahnen.** Die Einnahmen der Reichsbahn haben betragen (Tausend Mark)

im August	1920	1 358 829
	1921	2 415 630
	+	1 056 801
	=	77,8 %
von April bis August	1920	6 381 627
	1921	10 469 002
	+	4 087 375
	=	64,0 %

Im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 haben die Monate April-August im Personenverkehr 47,68 Prozent, im Güterverkehr 40,65 Prozent der Jahreseinnahme beider Verkehre für sich gebracht. Von der im Haushalt 1921 veranschlagten Verkehrseinnahme hätten danach im Personenverkehr unter Berücksichtigung der erst am 1. Juni eingetretenen Fahrpreiserhöhung rund 2417 Millionen, im Güterverkehr 8740 Millionen aufkommen müssen. Im Personenverkehr sind demnach 232 Millionen mehr, dagegen im Güterverkehr 1244 Millionen weniger aufgekommen. Die Lahmlegung des Güterverkehrs im Westen durch die Sanktionen hat auch die August-Einnahmen ungünstig beeinflußt. Immerhin weist der August gegenüber den Vormonaten eine Besserung auf: Gegen April sind 235, gegen Mai 330, gegen Juni 187 und gegen Juli 90 Millionen im August aus dem Güterverkehr mehr aufgekommen.

** **Das verstärkte Wohnungsbauprogramm.** Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen wurden die Richtlinien für ein verstärktes Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1920—23 in wesentlichen Teilen angenommen. Eine wesentliche Änderung der Vorlage trat dahin ein, daß nicht, wie in der Vorlage vorgesehen, neben der gemeinwirtschaftlichen Verwendung der Mittel zu 25 v. H. eine privatwirtschaftliche Verwendbarkeit vorgesehen wird. Gemäß einem Antrage Kuhut (U. S. P. D.) wurde beschlossen, daß ohne Einschränkung die von der Allgemeinheit aufgebrachten Barmittel gemeinschaftlich tätigen Baugenossenschaften, Siedlungsgenossenschaften und Gemeinden zuzuführen sind. Ferner wurde auf Antrag Behrens (Dtschnat.) eine Reihe von Bestimmungen angenommen, die der Belebung der Bautätigkeit dienen sollen.

Freistaat Danzig.

*† **Erhöhung des Fahrgeldes.** Die Eisenbahndirektion der freien Stadt Danzig teilt mit, daß vom 1. Dezember d. Js. ab die Preise der Eisenbahnfahrkarten um 30 Prozent erhöht werden.

*† **Schließung des Zoppoter Spielklubs.** Infolge Lohndifferenzen wurde der Zoppoter Spielklub geschlossen. Der Angestelltenausschuß der Croupiers, der unter stark kommunistischem Einfluß steht, bestand auf einer ungekürzten Zuwendung der Trinkgelder an die Angestellten, während die Direktion des Spielklubs die Angestellten nur prozentual beteiligen wollte. Heute wurde zwischen beiden Parteien eine Einigung erzielt, so daß der Spielklubbetrieb im Laufe des Tages wieder aufgenommen werden konnte.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 13. Oktober.

Die Rettung der Jugend.

Die Leitung der hiesigen Guttemplerloge schreibt uns: Wer mit kritischem Auge das Leben und Treiben unserer Jugendlichen in ihrer arbeitsfreien Zeit, ihren Verbrauch an Rauschgetränken jeder Art, vor allem aber an Tabak in jeglicher Form beobachtet und sich dabei klar macht, welcher Schaden damit dem jugendlichen Körper und Geist einerseits und dem Volksvermögen andererseits zugefügt wird, der muß und wird jede Gelegenheit, die Jugend von ihren Abwegen zurückzuführen, ergreifen; sei es um durch Einwirkung von Person zu Person — davon verspreche ich mir immer wieder den besten Erfolg — oder sei es durch Unterstützung von Vereinigungen, die in diesem Sinne wirken.

Schundliteratur und Kino vergiften zuerst die Phantasie. Alkohol- und Nikotinsucht zermürben dann den Körper und schwächen den Willen. Wenn ein Volk nicht zugrunde gehen soll, so müssen die inneren Kräfte der Volksseele wieder lebendig und wirksam werden. Darum gilt es, mit allem Nachdruck und mit unermüdlichem Ernst de Zerstörer dieser inneren Kräfte zu bekämpfen. Zu den heimtückischsten und gefährlichsten Volksfeinden gehört der Alkohol in jeder Form.

Wer diesem Mörder der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte unseres Volkstums einmal mit festem, unbeirrbaren Schauwillen ins Auge gesehen hat, der weiß, was von ihm zu erwarten ist. Der wird sich aber auch mit starkem Tatwillen in die Reihen der Alkoholgegner stellen. Der wird insonderheit unsere Jugend unsere Zukunft zu retten suchen. Ihm ist es selbstverständlich, daß der Jugend unter keinen Umständen, unter keinem Vorwand Wein, Bier oder Branntwein gegeben werden darf.

Und was vom Alkohol gilt, das gilt zum größten Teil auch vom Nikotin. Es ist erschreckend wie das Rauchen unter den Jugendlichen um sich greift und wie verderblich es wirkt. Und was besonders zu denken gibt: Viele Mütter rauchen mit!

Was tun? Jeder, der sich mitverantwortlich fühlt für sein Volk und besonders für die Jugend, hat die Pflicht, durch sein Beispiel mitzuwirken in dem rücksichtslosen Kampf gegen alle Volksgifte. Der Guttemplerloge, die diesen Kampf zu ihrer Aufgabe gemacht hat, ist jeder Mitstreiter willkommen. Sie hält ihre Sitzungen an jedem Donnerstag, um 7½ Uhr abends, im alten Konfirmandensaal der Kreuzkirche, ul. Grobla, ab.

Der Schnellzug mit den acht Paßrevisionen. Die Zustände im Verkehr mit dem Auslande, die seit Kriegsende eingerissen sind, werden durch den neuen Schnellzug D 8 Berlin—Elbing—Riga grell beleuchtet. Der Zug fährt nachts 10 Uhr 20 Min. in Riga ab und erreicht um 1 Uhr 9 Min. mittags den Schlesischen Bahnhof in Berlin. Er führt durchlaufende Wagen Riga—Berlin—Paris, die um 1 Uhr 45 Minuten mit dem Schnellzuge D 12 weiterrollen. Die Reisenden dieser Fahrt müssen nicht weniger als zwölf Zoll- und Paßrevisionen überstehen, davon allein acht auf dem Wege von Riga bis Berlin. Zuerst geschieht an der lettischen Grenze die lettische Ausgangsrevision, an die sich in einer anderen Station die litauische Eingangskontrolle anschließt. Dann folgen bis Berlin in bunter Reihe und stets auf verschiedenen Stationen eine litauische, zwei deutsche, zwei polnische und wieder eine deutsche Revision. Früher gab es auf der ganzen Reise Berlin—Petersburg eine einzige Paß- und Zollkontrolle; hin in Wirballen, zurück in Eydtkuhnen.

* **Schubin,** 12. Oktober. Der Besitzerin Witwe Gonin und dem Besitzer Fürst zu Groß Salzdorf brannten sämtliche Wirtschaftsgebäude mit der ganzen Ernte und sämtlichen Maschinen nieder. Versichert waren die Geschädigten nur sehr gering.

* **Bromberg,** 12. Oktober. In der Nacht zum Sonntag wurde das hiesige Amtsgericht von Geldschrankknackern heimgesucht. Die Diebe sind durch den Kassenraum in das Innere eingedrungen. Dort haben sie die Tür zu den Räumen des Wucheramts erbrochen und folgende Wertpapiere entwendet: polnische Mark 1 580 816,10, deutsche Mark in Papiergeld 14 288, deutsche Mark in Gold 240, in Silber 930, 24 österreichische Kronen, 2 russische Rubel. Außerdem ist eine Quittung der Bank Bydgoski über 12 000 Mk. mit entwendet worden. — Der Hauptmann Sokolowski von der hiesigen Fliegerabteilung hat, nachdem er die Nachricht erhalten hatte, daß er infolge der Demobilisierung der Armee seinen Abschied erhalten würde, Selbstmord durch Erschießen verübt. Er war bereits seit zehn Jahren Soldat. Er hat, dem „Dz. Bydg." zufolge, an den Kämpfen bei der Abwehr der Bolschewisten teilgenommen und das Tapferkeitskreuz erhalten. Der Grund zu der Tat soll die Sorge um eine Existenz nach der Entlassung aus dem Heere gewesen sein.

* **Thorn,** 11. Oktober. Die Direktion des Gaswerks hat sich genötigt gesehen, wegen Kohlenmangels die Produktion von Gas einzustellen. Der Kohlenmangel ist darauf zurückzuführen, daß die Verbraucher die Vorschüsse auf die Zahlungen für Gas sehr spärlich einzahlen.

* **Berent,** 12. Oktober. Eine Schenkung machte der Bierbrauereibesitzer John Zynda aus Detroit (Nordamerika), der seit einem Jahr hier in seiner Heimat zum Besuch weilt, der hiesigen katholischen Pfarrkirche. Er deponierte bei einer Bank in Danzig 10 000 deutsche Mark zur inneren Ausschmückung der Kirche. Außerdem hat der Spender noch andere Beträge zu wohltätigen Zwecken gestiftet. Der Vater des vorher genannten Spenders lebt hier als Rentner und ist mit 91 Jahren, verhältnismäßig rüstig, der älteste Bürger unserer Stadt.

* **Dirschau,** 9. Oktober. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Einführung einer Klaviersteuer beschlossen. Danach muß für jedes Klavier eine monatliche Steuer von 30 Mark gezahlt werden.

Aus Ostdeutschland.

* **Goldap i. Ostpr.,** 12. Oktober. Mittwoch früh ermordete der 38jährige Besitzer und Maurer Franz Hülsen in Hegelingen bei Goldap seine Frau, Mutter von acht Kindern, und erschoß sich darauf. Die Tat ist auf geistige Umnachtung zurückzuführen. Seit längerer Zeit lebte das Ehepaar in Unfrieden.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	13. Oktober	11. Oktober
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—,—	—,—
3% " " Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% " " ohne Buchst.	—,—	—,—
3½% " " Buchst. C	—,—	—,—
4% " " Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% " " (neue)	—,—	—,—
4% " (neue) mit poln. Stempel	130 + N	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	108 + N	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Związku VIII em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Związku IX em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII	350 + A	350 + A
" " " VIII	350 + A	350 + A
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	500 +	—,—
Bank Ziemian I—III	315 +	315 +
R. Barcikowski I—IV em.	175 + N	175 + N
R. Barcikowski V em.	155 + N	155 + N
Centrala Skór I—II (exkl. Kup.)	450 + A	460 + A
" " III " "	450 + A	460 + A
Lubań	—,—	745 + A
Dr. Roman May I—III	550 + N	600 + A
" " " IV	500 + A	540 + A
Patria	400 + A	420 + A
Pozn. Spółka Drzewna	—,—	—,—
C. Hartwig I—III em.	—,—	—,—
C. Hartwig IV em.	425 +	400 +
Cegielski I—VI em.	340 + A	340 + A
Cegielski VII em.	340 + A	340 + A
Hurtownia Związkowa	—,—	160 + A
Centrala Rolników	300 + A	300 +
Dollars	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański (exkl. Bezugsr.)	150 + N	150 + N
Bank Przemysłowców	—,—	255 + A
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna I—II	—,—	180 + N
Hartwig Kantorowicz	770 + N	740—750 + N
Wytwornia Chemiczna I—II exkl. Bezugsrecht	270 + N	270—280 + N
Wyroby Ceramiczne Krotoschin	160—165 + N	160—165 +
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	1000 + A	1150 + A
Arcona	—,—	520 +
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	400 + N	420—400 + N
Wagon Ostrowo	150 + A	150 +
Wytwornia Maszyn Młyńskich	—,—	620 + A
Herzfeld Viktorius	550—560 + A	530-540-530 + N
Bentzki	800—830 + N	775—810 +
Orient	250—245 + N	260—255 + A
Sarmatia	600—650 + N	625 + A
Bławat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	310 + N
Tkanina	—,—	—,—
Sierakowskie Kopalnie Węgla	280—290 + N	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	290 + A	290 + N
Trie (exkl. Dev.-Stck.)	210 + A	—,—
Hurtownia Skór I	—,—	—,—
" " II	—,—	—,—
Kabel	—,—	180 + A
Lloyd Wielkopolski	—,—	175 +
Złącz. Cegieln. Aug.-Grabowice	450 + N	—,—
Pneumatik	160 + N	150 + N
Precyzja	200 + N	—,—

Berliner Börsenbericht

vom 11. Oktober.

Diskonto-Komm.-Anleihe	384.—	4% Pos. Pfandbriefe	14.50
Berliner Maschinen-Fabrik Schwarzkopf	851.—	3½% Pos. Pfandbriefe	10.—
Hartmann Masch.-Aktien	799.—	Polnische Noten	2.50
Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien	698.—	Auszahlung Warschau	2.625
Schantung Eisenbahnanl.	600.—	Kriesnoten	14.—?
Neuguinea Comp.-Akt.	630.—	Dollar	122.50
R. Wolff	634.—	Englische Pfund	467.50
		Holländische Gulden	3937.50
		Schweizer Franken	2205.—

= **Danziger Getreidebörse** vom 12. Oktober. Weizen 200, Roggen 200 M. Tendenz ruhig.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 13. Oktober.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wurde von Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski um 7 Uhr eröffnet. Er teilte mit, daß der Wahlausschuß für die Wahl des neuen Stadtpräsidenten sich in einer kritischen Lage befinde, da in dieser Sache drei Anträge vorliegen. Der Wahlausschuß möchte deshalb erst die Meinung der Stadtverordnetenversammlung hören und von dieser bevollmächtigt werden, eine kurzfristige Bewerbung auszuschreiben, so daß die Wahl in 4—5 Wochen vollzogen werden könne.

Stadtv. Wybieralski wünscht die Präsidentenwahl von der jetzigen Versammlung vollzogen zu sehen, da sie stark genug sei, die Wahl zu vollziehen. Am besten wäre es, wenn die Versammlung sich selbst an die Person wendete, die sie zu wählen wünscht. Die Anzahl der Bewerbungen werde natürlich groß sein, aber es sei fraglich, ob die Bewerber genügende Befähigung zur Bekleidung eines solchen Amtes hätten.

Stadtv. Dr. Stark: Ich wundere mich über die Beschleunigung der Wahl; meinerseits kann ich nur sagen, daß wer stirbt, kein Recht hat, über die Lebenden zu verfügen. Er stellt den Antrag, die Wahl des Stadtpräsidenten bis nach den Neuwahlen der Versammlung zu vertagen.

Stadtv. Ballenstedt schließt sich diesem Antrag an.

Vizepräsident Dr. Kiedacz: „Es wurden Stimmen laut, daß ich die Arbeit und die Verantwortung fürchte und darum auf eine beschleunigte Wahl dringe. Das ist nicht der Fall, aber ich bin der Ansicht, daß jedes Interregnum von Schaden ist.“

Stadtv. Gantkowski: „Wer die Lust und den Mut hat, soll sich melden.“ Er stimmt im allgemeinen zu der Ansicht des Vizepräsidenten über die Schädlichkeit eines Interregnums zu.

Nachdem die Stadtvv. Siemianowski und Banc noch in kurzen Worten ihre Ansicht in dieser Frage entwickelt hatten — Siemianowski wünscht die Vertagung der Präsidentenwahl bis zu den Neuwahlen und Banc eine möglichst schnelle Besetzung des Amtes —, verlas der Stadtverordnetenvorsteher die verschiedenen Anträge. Er bemerkte hierzu, daß die Kommission nur Weisungen haben will, ob die Wahl schnell vollzogen werden soll.

Mit bedeutender Stimmenmehrheit ging der Antrag für eine beschleunigte Wahl durch.

Stadtv. Dr. Stark: „Ein Termin von 8 Tagen ist eine Komödie, da die Benachrichtigung in dieser kurzen Frist gar nicht an den Kandidaten gelangen wird.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski stellt fest, daß die Stimmung für das Ausschreiben einer Bewerbung sei.

Nunmehr erst trat man in die Beratung der Tagesordnung ein:

Folgende Punkte: Wahlen von Armenräten, Versetzung eines Bureauchefs in die 2. Gehaltsklasse, Erhöhung des Gehalts für den Protokollführer der Stadtverordnetenversammlung, verschiedene Anstellungen wurden antragsgemäß und glatt erledigt. Ein Antrag der Friseurinnung über die Festsetzung der Arbeitszeit entfesselte eine kurze Aussprache.

Stadtrat Podolka: Der Antrag der Friseurinnung wünscht eine Unterbrechung der Arbeitszeit während der Mittagspause. Die Drogisten sind gegen diesen Antrag und wünschen die Beibehaltung des bisherigen Zustandes. Über die Verlängerung der Arbeitszeit von 6—8 Uhr sei zu sagen, daß die Geschäftsinhaber dafür den Gehilfen freie Tage im Monat gewähren sollen. Es sind Einsprüche eingegangen, die beabsichtigen, die Verlängerung der Arbeitszeit nur zur Ausübung des Berufes und nicht zum Verkauf zu benutzen.

Angenommen wurde der Antrag, wonach den Friseuren das Offenhalten der Geschäfte gestattet wird, unter der Voraussetzung, daß diese dafür freie Tage im Monat gewähren.

Der nächste Punkt Erhöhung der Hundesteuer brachte die längste Aussprache des Abends.

Stadtv. Bugsel: „Je größer die Not, desto mehr Hunde sieht man in Posen. Von annähernd 20 000 Hunden seien nur 5 000 in die Steuerliste eingetragen. Je höher die Steuer sein wird, desto mehr Hundebesitzer werden sich der Zahlung entziehen. Er beantragt, daß solche Drückeberger 300 v. H. an Strafe zahlen sollten. „Von der Steuer befreit sind Hunde bis zu 6 Wochen, Militär- und Polizeihunde“. Auf den Dienst der Sanitätshunde als Blindenführer hinweisend, bemerkt der Redner, daß der Magistrat die Steuerfreiheit für diese Hunde verstehen wird. Der Antrag des Finanzausschusses fordert für einen Hund 2 000 Mk., für jeden weiteren Hund 3 000 Mk. und für Hunde, die zum Handel oder zur Dressur verwendet werden, 10 000 Mk. jährliche Steuer. Die Strafe für Nichtanmeldung und für Steuerhinterziehung soll von 50 v. H. auf 100 v. H. erhöht werden.

Stadtv. Gärtig: Die geforderten Sätze sind ja sehr hoch, aber die Hauptsache bleibt die Kontrolle. Es wäre angebracht, wenn die Hausbesitzer dem Magistrat alle Vierteljahre Kenntnis über die im Hause befindlichen Hunde geben würden. Der Redner wünscht eine Ermäßigung der Hundesteuer für solche Personen, die ihre Hunde zur persönlichen Sicherheit brauchen. Er denkt dabei an alte, kranke und gebrechliche Personen.

Stadtv. Topolski: In Wilda ist die Hundeplage so groß, wie in Konstantinopel. Er wünscht, daß nicht nur die Hauswirte, sondern auch die Polizei sich mit dieser Frage beschäftigt. In seinem Hause befinden sich 20 Hunde.

Stadtv. Banc wünscht eine Erhöhung der Hundesteuer um 100 v. H., da 2000 Mk. für einen Arbeiter eine Ausgabe sei, die er in zwei Tagen verdient. Wer imstande ist, in diesen schweren Zeiten den Hunde Essen zu geben, der kann auch die Steuern bezahlen.

Stadtv. Sieradzki spricht über die Wachhunde und sagt, daß es besser wäre, Militärinvaliden als Wächter anzustellen. Er stellt den Antrag, die Steuer auf 5-, 7-, ja 10 000 Mk. zu erhöhen.

Stadtv. Dr. Paczkowski: Nicht bloß Posen, sondern alle großen Städte sind zu einem „Konstantinopel“ geworden, weil die Einbrecherplage so um sich gegriffen hat. Er sei dafür, dem Magistrat das Recht zu geben, Wachhunde von der Steuer zu befreien.

Stadtv. Bugsel: Schade, daß die Hunde nicht hierher kommen können, um sich zu verteidigen. Wie schwer die Kontrolle über die Hunde ist, kann man daraus ersehen, daß bei der Volkszählung viele Personen glaubten, daß die Hunde mit angegeben werden müssen. Als der Kommissar kam, versteckte man alle Hunde

Stadtv. Banc: Die Kontrolle kann dadurch umgangen werden, daß man die Hunde während der Kontrolle auf etliche Wochen fortschafft.

Ein Antrag um Schluß der Aussprache wurde angenommen. Die Abstimmung ergab, daß für den ersten Hund 2000 Mk., für den zweiten Hund 8000 Mk., für Hunde zu Handels- und Dressurzwecken 10 000 Mk., für Nichtanmeldung 100 v. H. Steuern zu zahlen sind; Kettenhunde sind steuerfrei. Der Antrag des Stadtv. Gärtig, unbemittelte Personen, die die Hunde zur persönlichen Sicherheit benötigen, von der Hundesteuer zu befreien, wurde angenommen.

Darauf wurden noch folgende Punkte der Tagesordnung glatt erledigt. Bewilligung von Mitteln zur Verstärkung verschiedener Titel von Stadthaushaltsvoranschlägen, Bewilligung einer einmaligen Teuerungszulage für nichtangestellte städtische Beamte in derselben Höhe wie für die festangestellten Beamten, Verkauf städtischen Geländes in der ul. Słowackiego (früher Karlstr.) für 1½ Millionen und Verkauf unbeweglicher Güter.

Die Sitzung wurde um 8¼ Uhr geschlossen. △

Deutscher Theaterverein. Zu der Aufführung von Schönherrs „Weibsteufel“ haben auf Anordnung des Starostwo Grodzkie Kinder (unter 16 Jahren) keinen Zutritt.

Der Ortsverein im Verbande der deutschen Buchdrucker in der Republik Polen feiert am nächsten Sonntag in den Räumen der Loge, Grobla 25 (früher Grabenstr.), sein 57jähriges Stiftungsfest. Beginn nachmittags 4 Uhr. Tanz, ernste und heitere Darbietungen werden den Abend ausfüllen.

× „Świt“. In den Ausstellungsräumen des Zoologischen Gartens ist gegenwärtig eine Anzahl von Werken von Prof. Josef Czajkowski zu sehen (Bilder, Innenarchitektur, Möbel) sowie Bilder von Anne Berent, Michał Borncinski, T. Breyer, Zdzisław Eichler, A. Grabowski, Henryk Grombecki, St. Jakubowski, Zdzisław Krasnik, J. Kotowski, L. Kwiatkowski, Br. Kowalewski, K. Lasocki, Wł. Majewski, T. Marczewski, T. Noskowski, T. Niemira, M. Puffke, T. Popielska, G. Pillati, W. T. Radwan, H. Uziembło. Prof. Leon Wyczółkowski. Die Ausstellung ist werktäglich von 10 bis 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 11 bis 6 Uhr geöffnet. Die graphische Ausstellung (Zeichnungen von Prof. Leon Wyczółkowski) im Kunstsalon ul. 27 Grudnia 191 ist täglich von 10 bis 6, an Sonn- und Feiertagen von 11 bis 3 Uhr geöffnet.

Deutschtumsbund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

* Inowrocław, 10. Oktober. Zur letzten Stadtverordnetensitzung hatten sich im ganzen 8 Stadtverordnete (von 30!) und ein Magistratsherr eingefunden. Beschlußfähig wurde die Sitzung dadurch, daß sie mit einem zweiten Termin einberufen worden war. Zu Punkt 1 wurde beschlossen, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen von dem Gesetz Gebrauch zu machen, nach dem es unserer Stadt, da sie mehr als 20 000 Einwohner zählt, zusteht, 36 Stadtverordnete (anstatt der bisherigen 30) zu wählen. Der Antrag betr. Verkaufs der deutschen Denkmäler wurde vom Stadtpräsidenten zurückgezogen. Hierauf folgten die Verhandlungen über eine ganze Reihe von Voranschlägen für die städtischen Anstalten. Bei der Besprechung über den Voranschlag für die Gasanstalt widersetzte sich, wie der „Kuj. B.“ berichtet, Stadtv. Bocian der Genehmigung eines Ausgabebetrages von 150 000 M., den der Voranschlag für das Elektrizitätswerk unter dem Titel „Zur Verfügung des Magistrats“ enthält. Die Erklärung des Stadtpräsidenten, daß dieser Betrag u. a. für Prämien, die an die Heizer für sparsamen Kohlenverbrauch gezahlt werden und für ähnliche Ausgaben Verwendung finde, lehnte der Stadtverordnete mit der Begründung ab, daß frühere Voranschläge nie solche Posten enthalten haben und dennoch sei zu deutscher Zeit eine mustergültige Wirtschaft geführt worden. Die Prämiengelder bezeichnete Stadtv. Bocian als „Schmiergelder“. Dies veranlaßte die Stadtv. Frau Szałwińska, den Vorschlag zu machen, den fraglichen Posten unter einem anderen Titel zu verbuchen, da sonst „morgen die ganze Stadt davon sprechen würde, daß im Magistrat Schmiergelder gezahlt werden“. Der Vorsitzende bat die Stadtv. Frau Szałwińska, sich kurz zu fassen, da er „alles anhören müsse“. Diese Bemerkung veranlaßte den Stadtv. Bocian, dem Vorsitzenden Parteinahme für den Magistrat vorzuwerfen, worauf er mit seinem Parteikollegen demonstrativ den Saal verließ. Von Interesse war es, zu erfahren, daß die Stadt aus der Solbadeanstalt einen Gewinn von rund 2 Millionen Mark erzielt hat. Es wurden während der letzten Badesaison nicht weniger als 32 120 Solbäder für den Gesamtbetrag von 3 212 000 M. verabfolgt. An Kurtaxengeldern sind rund 800 000 M. eingeflossen.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Bekanntmachung.

Der am 1. 10. d. Js. eingeführte Freihandel mit Steinkohlen verursachte eine abermalige Erhöhung der Preise für Kohlen aus Dąbrowa Górnicza. Selbige dürfen vom 10. d. Mts. mit Mk. 1020.— pro Ztr. für die bessere Sorte ab Lager des Händlers verkauft werden.

Steinkohlen aus Dąbrowa und Oberschlesien, die den Händlern zu bisher geltenden Preisen geliefert wurden, dürfen nur zu den durch frühere Bekanntmachung festgesetzten Preisen verkauft werden.

Uebertretungen werden mit Einziehung des Konsenses auf Magistratskohlen bestraft.

Poznań, den 11. Oktober 1921.

Magistrat.

Spielplan des „TEATR WIELKI“ m. Poznania

Freitag,	den 14. 10. um 7½ Uhr: „Mignon“, Oper von Thomas.
Sonnabend,	den 15. 10. um 7½ Uhr: statt „Tiefland“ „Rigoletto“. Preisermäßigung.
Sonntag,	den 16. 10. um 3 Uhr: statt „Rigoletto“ „Halka“. Preisermäßigung.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 14. Okt., abds. 6 Uhr.
Sonnabend morgens 8¾ Uhr (beginn. mit Schacharis),
nachm. 4 Uhr Mincha,
nachm. 4¼ Uhr Jugendandacht,
abends (Sabbatausgang) 6 Uhr 43 Min.
Sonntag morgens 7 Uhr.

Festandacht.
Sonntag, den 16. Oktober, abends 6 Uhr.
Montag morgens 8¾ Uhr mit Schacharis beginnend u. Predigt,
nachm. 4 Uhr Mincha.
abends 6 Uhr 39 Min.
Dienstag morgens 8¾ Uhr,
nachm. 4 Uhr Mincha.
abends (Festausgang) 6 Uhr 37 Min.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 6 Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde),
Ulica Dominikańska.

Freitag, d. 14. Oktober, abends 6¼ Uhr.
Sonnabend vorm. 10 Uhr.

Festandacht.
Sonntag, den 16. Oktober, abends 6 Uhr mit Predigt.
Montag vorm. 10 Uhr, abends 6¼ Uhr.
Dienstag vorm. 10 Uhr.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 5¾ Uhr.